



Dr. Hans-Jürgen Urban,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

1. MAI 2021 - DGB Ulm

„Solidarität ist Zukunft -
durch Solidarität aus der Krise“

Wie schön euch zu sehen!

Schön, Euch zu sehen!

Ein bisschen Normalität in einer verrückten Zeit!

Noch letztes Jahr habe ich zum 1. Mai in eine Kamera sprechen müssen!

Video-Botschaft statt Großkundgebung!

Heute stehen lebendige Kolleginnen und Kollegen vor mir!

Mit Masken verkleidet und weniger als gewohnt!

Aber gut gelaunt und entschlossen, sich zurückzumelden!

Das ist gut so - Es geht voran!

Solidarität – die Kernkompetenz der Gewerkschaften

Ja, selten hat das Mai-Motto so gut gepasst wie dieses Jahr:

„Solidarität ist Zukunft - durch Solidarität aus der Krise“.

Solidarität ist die Schlüsselressource zur Bewältigung der Gegenwarts-Aufgabe:

Der Corona-Krise und der ökologischen Transformation.

Wir haben die Wahl:

Wollen wir es Märkten, Profitinteressen und Egoismus überlassen.

Oder wollen wir als starke und konfliktbereite Bewegung der Solidarität im Sinne der abhängigen Arbeit eingreifen.

Um Arbeitsplätze, Natur und die Gesellschaft zu schützen.

Ich denke, die Sache ist klar: Nicht Passivität, sondern Solidarität ist unsere Leitlinie!

Solidarität als Erfolgsrezept

Wir reden und fordern nicht nur, wir handeln.

Wir haben gezeigt, dass wir auch in der Pandemie handlungsfähig sind.

• **Wir** waren es, die Druck für die Ausweitung der Kurzarbeit gemacht haben.

Mehr als sechs Millionen Arbeitsplätze konnten wir dadurch absichern.

- **Wir** haben Arbeitsschutzregeln befördert, die den Infektions-Schutz dort verbessert haben, wo weitergearbeitet wurde!

- Und es waren die **DGB-Gewerkschaften**, die die Testpflicht der Unternehmen gefordert haben, und sich weiter für Impfungen in den Betrieben engagieren werden.

Kurz um:

Auch in vielen Tarifrunden waren wir weder kraft- noch wehrlos.

Hygiene-Vorschriften statt Trillerpfeifen, Autokinostreiks statt Großkundgebungen – es war nicht leicht, aber erfolgreich!

Mit phantasievollen Aktionen haben wir für Zukunftstarifverträge und Einkommen gekämpft.

Im Dienstleistungssektor, im öffentlichen Dienst, im Verkehrs- und Infrastrukturbereich, in der Stahlindustrie.

Maske, Abstand Arbeitskampf – lautete die Parole in der Metall- und Elektroindustrie.

Teile von Wirtschaft und Gesellschaft waren im Lockdown, die Gewerkschaften nicht!

Solidarität trotz Corona – das war die Botschaft!

Erneut hat sich gezeigt:

Gewerkschaften, nie waren sie so wertvoll, wie heute!

Recht auf Gesundheit darf nicht zum Privileg sein

Unser Kampf gegen das Virus ist noch nicht zu Ende.

Schon heute sind die Schäden immens, weitere drohen.

Dabei ist das Virus im wahrsten Sinne des Wortes eine lebensbedrohliche Erscheinung.

Es ist ein Frontalangriff auf die Gesundheit der Menschen, und auf den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Die Pandemie vertieft soziale Gräben und gesellschaftliche Spaltung.

- In den sozialen Brennpunktvierteln sind die Ansteckungsraten höher und die Impfquoten niedriger.

- Auf den Intensivstationen ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und mit niedrigem Einkommen überdurchschnittlich.
- Und als das Virus auf dem Arbeitsmarkt wütete, gerieten vor allem befristete, geringfügige und schlecht bezahlte Jobs in Gefahr.

Die Gefahr ist für alle gleich???

Diese Behauptung hat beste Chance, als Witz des Jahrhunderts unvergesslich zu werden.

Es ist eben ein Unterscheid, ob ich als 5-köpfige Familie in einer Zwei-Zimmer-Wohnung oder als Single-Paar in der Vorstadt-Villa lebe.

Das dürfen wir nicht einfach hinnehmen.

Schutz-, Test- und Impfstrategien müssen gehalten.

Gesundheit darf auch in der Pandemie nicht zum Privileg werden.

Gesundheit ist ein Menschenrecht – und die gelten in allen Teilen der Gesellschaft.

Und wenn das nicht der Fall ist, dann ist es unser Job, das zu ändern!

Wer zahlt? Verteilungskämpfe durch Solidarität bestehen.

Ja, fair und gerecht geht es nicht zu in unserer Gesellschaft.

Die einen lassen die Champagner-Korken knallen, den anderen droht die Suppenküche!

Fast 20 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten für Niedriglöhne.

Das Geld endet schneller als der Monat, und bei Arbeitslosigkeit ist Hartz IV programmiert!

Zugleich schießt der DAX durch die Decke und die Milliarden der Milliardäre legen zu.

Trotz Krise schütten die Dax-Unternehmen Dividenden in Milliardenhöhe aus.

Auf bis zu 35 Milliarden € beläuft sich das Vermögen der reichsten Familien in Deutschland.

Und der Abstand der reichsten zehn Prozent zum Rest der Gesellschaft nimmt weiter zu.

Kolleginnen und Kollegen!

Irgendwann wird's unanständig!

Dazu fällt mir vor allem ein Wort ein: Vermögenssteuer!

Ein Staat, der diese Ungerechtigkeiten hinnimmt, verliert das Recht, sich Sozialstaat zu nennen.

Das schlägt nicht nur Anstand und Gerechtigkeit ins Gesicht, sondern auch dem deutschen Grundgesetz.

Und das wollen, das können wir nicht hinnehmen!

Zukunftsinvestitionen statt Sozialabbau

Die Gerechtigkeitslücke ist heute schon ein Schandfleck des Sozialstaates.

Mit Blick auf Morgen wirkt sie als Zukunfts-Bremse für Wirtschaft und Gesellschaft.

Bis 2022 werden sich die Corona-Schulden im Bundeshaushalt auf gut 1,3 Billionen Euro auftürmen.

Zur Bekämpfung der Krise waren sie notwendig.

Aber: wer wird sie begleichen?

Wirtschaftsliberale und Kapitalverbände haben sich positioniert:

Sie blasen zur Attacke auf den Sozialstaat.

Sie fordern massive Einschnitte bei der Rente, in der Pflege, im Gesundheitswesen und in der Arbeitsmarktpolitik!

Weniger Steuer, weniger Sozialabgaben, weniger öffentliche Daseinsvorsorge für uns – mehr Gewinne für sie – das ist ihr Programm.

Kolleginnen und Kollegen!

Das läuft auf einen gesellschaftlichen Großkonflikts hinaus.

Ich sage:

Wir werden die Krisenschulden **nicht** mit unseren Renten, unserer Gesundheit und unseren Arbeitsplätzen bezahlen – Corona-Pandemie hin oder her!

Der Steuerstaat hat vielfältige Möglichkeiten, Krisenschutz und Zukunftsinvestitionen solidarisch zu finanzieren.

Solidarität ja – aber Umverteilung zu Lasten der sozial Schwachen, nicht mit uns!

Natur und Beschäftigung können und müssen versöhnt werden

Doch nicht nur der Sozialstaat, auch die Natur braucht Schutz.

In seinem jüngsten Urteil hat das Bundesverfassungsgericht die im Klimaschutzgesetz formulierten Schutzziele und die zulässigen Emissionsmengen als zu gering kritisiert.

Dem Gesetzgeber wurde aufgegeben, zum Schutze der nachwachsenden Generationen vor allem die Minderungsziele für die Jahre nach 2030 konkretisieren.

Ein anspruchsvolles, aber kluges Urteil.

Klimaneutrales arbeiten, konsumieren und leben – das ist der historische Auftrag unsere Epoche.

Das sind wir uns und allen nachwachsenden Generationen schuldig.

Aber auch hier gilt: Die ökologische Transformation, die wir unterstützen, muss fair und solidarisch sein.

Schutz von Natur und Beschäftigung - das kann zusammengehen.

Die Ersetzung von Kohle durch grünen Wasserstoff, die Umstellung vom Verbrenner- auf den Elektro-Antrieb, die Verlagerung von Gütern von der Straße auf die Schiene, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs – alles das nötig, alles das ist möglich!

Dazu braucht es öffentliche Investitionen und eine flankierende Arbeitsmarktpolitik zum Schutz der Beschäftigung.

Wer den Umwelt- und Klimaschutz gegen die Menschen wendet, der hat uns zum Gegner!

Wer Arbeit, Solidarität und Natur zusammendenkt, hat uns an seiner Seite.

FairWandel: ökologisch – demokratisch – sozial, mit dieser Maxime schalten wir uns ein!

Für eine intakte Umwelt, für eine intakte Gesellschaft!

Solidarität über den nationalen Gartenzaun hinausdenken

Ja, der globale Kapitalismus hat einer gerechten Welt den Krieg erklärt.

Schon vor der Krise zählte die Welt 2755 Dollar-Milliardäre; deren Vermögen stieg alleine im Corona-Jahr 4,2 Billionen auf nun 11 Billionen Euro.

Allein der Tesla-Chef Elon Musk versechsfachte im Corona-Jahr sein Vermögen. Es beträgt nun 151 Milliarden Dollar.

Während das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung im vergangenen Jahr 82 Prozent des Weltvermögens einsteckte, ging die untere Hälfte der Weltbevölkerung leer aus.

Für sie haben sich die Probleme des alltäglichen Lebens zum Teil drastisch verschärft.

Ausreichende Ernährung, ja selbst trinkbares Wasser sind für viele Luxusprodukte.

Auf der einen Seite laufen die Milliarden auf dem Konto über, auf der anderen Seite kämpfen Milliarden Menschen ums Überleben.

Kolleginnen und Kollegen!

Ein „Imperium der Schande“ - so hat der Ex-UN-Berichterstatter Jean Ziegler diese Weltordnung genannt.

Und genau das ist sie!

Ja, es geht um den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Gerechtigkeitslücken bei uns – selbstverständlich!

Aber es geht auch um eine Weltordnung, in der alle Menschen eine Lebensperspektive haben, ganz gleich, wo sie geboren wurden.

Nicht Menschenwürde und Internationalismus, sondern dieser Finanz-Kapitalismus, der Menschen verachtet, die Natur zerstört und Kriege führt, ist ein Irrtum der Geschichte.

Auch das ist eine Botschaft des 1. Mai.

Bürgerproteste ja – aber nicht nach rechts!

Was mich wirklich wütend macht, ist diese ignorante Besserwisseri.

Wider aller Wissenschaft werden Verschwörungsmythen in die Welt gesetzt!

Und die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen in den Kinder-Tagesstätten, Schulen, Pflegeheimen und Intensivstationen wird verhöhnt.

Und Parteien sekundieren.

Ja, ich spreche auch von dieser Partei, die schon mit ihrem Namen lügt, wenn sie sich „Alternative für Deutschland“ nennt.

Lasst mich Klartext reden:

Ich bin kein Patriot, ich bin Gewerkschafter und deshalb Internationalist!

Aber wäre ich Patriot, ich würde mich schämen!

Wer auf der Flamme von Bürgerwut und Zukunftsängsten seine braune Suppe kochen will, der meint es nicht gut mit seinem Land!

Während wir für Mindestlöhne, Renten und Arbeit kämpfen, hetzen sie gegen Minderheiten und erklären sie das tödliche Virus zur banalen Grippe.

Und Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus folgen auf dem Fuß.

Wieder einmal!

Nein - Hetze gegen Minderheiten und Verschwörungsmysmen als Welterklärungen helfen nicht gegen kapitalistische Ungerechtigkeit.

Hier ist Widerstand angesagt: Gegen Menschenverachtung und Dummheit!

Wir stehen für Vielfalt, Vernunft und Gerechtigkeit!

Jenseits von Geschlecht, Geburtsort, Hautfarbe oder sexuelle Identität!

Das sind wir unserer Tradition als antifaschistische und humanistische Bewegung schuldig!

Wir müssen das tun – eine globale Bewegung der Solidarität

Infektionsschutz, Gute Arbeit und globale Solidarität – Herkules-Aufgaben allesamt!

Manchmal fragt man sich:

Wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir!

Ein soziales Mosaik-Bündnis der Solidarität.

Diesen Kampf werden wir führen müssen, den wird uns niemand abnehmen.

Dabei habe ich eine Hoffnung.

Vielleicht wächst in diesem Kampf ja auch die Erinnerung daran, dass wir als Gewerkschaftsbewegung einmal für ein weitergehendes Ziel angetreten sind.

Für das Ziel, „... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ (MEW 4: 385)

So hat es der Mann mit dem langen weißen Bart einmal formuliert.

Eine Gesellschaft jenseits der Zwänge des heutigen Finanzmarkt-Kapitalismus?

Ein altes Ansinnen, gewiss.

Aber zugleich das aktuellste, das ich kenne.

Also: Auf geht's!

Es lebe der 1. Mai!